

Beschlussprotokoll der Delegiertenversammlung

29. März 2014, 10.15 – ca. 15.45 Uhr, Malleray/Bévilard

Vorsitz: Christian Levrat

Protokoll: Nina Lanzi

Anwesend: 200 Delegierte und 10 Gäste

Anmerkung zum Protokoll

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen der Delegiertenversammlung werden aufgezeichnet und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz archiviert.

1. Eröffnungsgeschäfte

Die Delegiertenversammlung wird von **Jacqueline Fehr**, Nationalrätin des Kantons Zürich und Vize-Präsidentin der SP Schweiz, eröffnet. Sie begrüsst die Anwesenden und speziell Bundesrätin Simonetta Sommaruga und Philippe Perrenoud. Es folgen Grussworte von **Philippe Perrenoud**, Regierungsrat Kanton Bern, und **Roberto Bernasconi**, Gemeindepräsident von Malleray.

Wahl der StimmzählerInnen und StellvertreterInnen

Beschluss der Delegiertenversammlung:

So wie runtergelesen einstimmig gewählt.

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Beschluss der Delegiertenversammlung: Karin Mader und Monika Bolliger werden stillschweigend gewählt.

Tagesordnung/Tischvorlage

Die definitive Traktandenliste enthält folgende Änderungen/Hinweise:

Traktandum 6 A: R-1 Resolution der GL SP Schweiz: „Gemeinsam für eine offene und soziale Schweiz in einem sozialen und prosperierenden Europa“

A-1 Antrag der SP GR und SP SG

Traktandum 8: A-4 Antrag für ein Initiativprojekt „Schluss mit Steuertricks und Steuerbschiss auf Kosten der ehrlichen und fairen Steuerzahlenden“ (SP Kanton Bern)

A-5: Antrag für Verzicht zur Lancierung eines Initiativprojekts (SP GR und SP SG)

Traktandum 9: Budget (die zweite Seite mit der Kostenstellen, deutsch)

Traktandum 10: R-2: Resolution für eine zukunftsweisende Landwirtschaft, die die natürlichen Ressourcen schont (Beat Jans, NR BS)

A-6: Antrag zur Unterstützung der Tierversuchsverbot-Initiative (Renato Werndli, SP SG)

R-3: Resolution gegen Menschenhandel und Prostitutionsverbot – für einen aufgeklärten Umgang mit Sexarbeit (Juso)

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die aktualisierte Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

Ordnungsanträge

Ordnungsanträge zum Ablauf müssen vor dem Beginn des Traktandums eingereicht werden.

Wortmeldezettel

Wortmeldezettel müssen vor dem Podium geholt und können nur dort wieder abgegeben werden. Bis zum Ende der Rede von BR Sommaruga können Reden gemeldet werden, nachher geschlossen.

Protokoll der DV vom 26. Oktober 2013 in Baden

Beschluss der Delegiertenversammlung: Das Protokoll wird mit bestem Dank an die Verfasserinnen Ladina Triaca mit 1 Enthaltung genehmigt.

2. Mitteilungen

Leyla Gül informiert über den aktuellen Stand der Initiative zur öffentlichen Krankenkasse. Die Abstimmung wird eventuell am 28. September oder 30. November 2014 stattfinden. Ausserdem sind die Bildungsmodule zur öffentlichen Krankenkasse ab jetzt bestellbar und eine Gruppe von Referentinnen und Referenten stehen für die Besuche in den Sektionen und Kantonalparteien bereit.

Leyla Gül informiert ausserdem über die Kampagne zu den Europawahlen, welche im Mai 2014 stattfinden. 1,7 Millionen Menschen in der Schweiz können an den Wahlen teilnehmen und für ein demokratisches, soziales und ökologisches Europa mit ihrer Wahl von Schulz einstehen. Eine soziale Schweiz gibt es nur in einem sozialen Europa. Für die Kampagne, welche zusammen mit den Schwesterparteien geführt wird, gibt es drei wesentliche Elemente. Erstens wird das Europafest im Kornhausforum in Bern organisiert, welches am 5. April 2014 stattfinden wird. Dafür kann man sich online anmelden über die Website. Zweitens wurden Flyer in 5 verschiedenen Sprachen (französisch, deutsch, italienisch, portugiesisch und spanisch) entwickelt und drittens wurde eine

Website in den sechs verschiedenen Sprachen gestaltet, welche unter www.europawahlen2014.ch zu finden ist.

Leyla Gül informiert, dass Anita Balz ab dem 2. Mai 2014 die neue Zentralsekretärin der SP Frauen sein wird und heisst sie herzlich willkommen.

3. Infos zur Sommeruni

Leyla Gül präsentiert das neuste Projekt der SP Schweiz, nämlich die Sommeruni. Sie stellt das Programm der vier Tage vor. Losgekoppelt vom politischen Tagesgeschäft soll mit Ähnlichgesinnten und Gesinnungsgenossen über Gesellschaft und Politik diskutiert werden. Neben einem kleinen Freizeitangebot wird ein abwechslungsreiches und interessantes Weiterbildungsprogramm angeboten. Für Kinderbetreuung ist gesorgt. Ausserdem wird die Sommeruni einen Besuch von Bundesrätin Simonetta Sommaruga erhalten sowie von verschiedenen National- und Ständeräten.

Die Sommeruni findet vom 7.-10. August 2014 in Chandolin statt.

4. Rede Christian Levrat, Präsident SP Schweiz, Ständerat FR

Die Rede von Christian Levrat kann auf der Website der SP Schweiz (www.spschweiz.ch) heruntergeladen werden.

5. Rede Bundesrätin Simonetta Sommaruga

Die Rede von Bundesrätin Simonetta Sommaruga kann auf der Website der SP Schweiz (www.spschweiz.ch) heruntergeladen werden.

6. Schwerpunkt: Leben und Arbeiten in der Schweiz

a. R-1 Verabschiedung einer Resolution der GL SP Schweiz: Gemeinsam für eine offene und soziale Schweiz und prosperierenden Europa

Andy Tschümperlin präsentiert das Resolutionspapier. Er erzählt, dass in den letzten Wochen intensiv über eine Resolution debattiert wurde. Sie ist in zehn Punkte gegliedert, welche Andy Tschümperlin kurz erläutert. Er betont nochmals die Gegenposition der SP zur Abschottung und Ausgrenzung. Man sollte in der Politik nicht nur im Hinblick auf den Binnenmarkt, sondern auf die Zukunft des Kontinents Entscheide treffen und Projekte (z.B. das Austauschprogramm Erasmus) realisieren. Zurzeit seien die Bilateralen nicht nur gefährdet, sondern können nicht mehr getragen werden. Wir bräuchten Rechtsicherheit sowie die Lösung der institutionellen Fragen und sind bereit, alle europapolitischen Optionen anzuschauen und mitzutragen. Ausserdem sei die Geschäftsleitung überzeugt davon, dass unser Erfolg von unserem Austausch mit der EU und Menschen mit Migrationshintergrund abhängt. Wir sind das Herz von Europa.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Der Delegiertenversammlung wird die Annahme der Resolution empfohlen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Resolution der Geschäftsleitung wird von der Delegiertenversammlung mit grossem Mehr und 2 Enthaltungen angenommen.

b. A1 - Antrag I der SP GR und SP SG „Für eine neue Europapolitik“

Jon Pult kommentiert die neue Ausgangssituation in der Schweiz seit dem 9. Februar. Wir müssen uns im entstandenen Chaos neuorientieren. Dabei gehört der kulturelle Kampf in unserer Gesellschaft zu einer zentralen Aufgabe. Die Sonderfalllogik, den Helvetozentrismus und das Nabelschauenden sind Probleme, welche die Schweiz heute hat. Es brauche Mut, zu sagen, dass die Schweiz gut sei. Gleichzeitig sind wir davon überzeugt, dass wir es noch besser können als dieser EU-Föderalismus. Wenn nur noch 14% für die EU-Überzeugung einstehen, muss man umso mehr dafür kämpfen. Wenn wir eine soziale und solidarische Politik machen wollen, können wir das nicht mehr lange im nationalen Kontext machen. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns als SP Schweiz aktiv an den Europawahlen 2014 engagieren. Die soziale, kulturelle und ökonomische Frage müssen wir stärker verbinden. Unseren Anhängern müssen wir überzeugend sagen, dass dies kompatibel und möglich ist – auch in einem europäischen Kontext. Wir dürfen keine Angst haben, hinzustehen und uns politisch für alle statt für wenige zu engagieren. Dies werde auch in Europa gemacht und ist möglich. Die Parteileitung hat sich in Hinblick auf die europapolitische Frage in eine gute Richtung bewegt und diese muss man nun unmissverständlich vertiefen. Er appelliert auf eine Annahme des modifizierten Antrags der SP SG und SP GR.

Geraldine Savary nimmt im Namen der Geschäftsleitung Stellung zum Antrag der SP SG und SP GR. Es sei nicht Aufgabe der SP, sich an der Politik der SVP zu orientieren. Deshalb sollte trotz des Abstimmungsentscheid vom 9. Februar dieselbe europapolitische Haltung der SP verfolgt werden, wie bereits zuvor. Wir seien auf der Seite der Linken in der EU und wir stehen ein für eine Sozialdemokratie in Europa. Teil dieser Diskussion ist auch die Überlegung eines EU-Beitritts. Bereits 2010 an der Delegiertenversammlung in Lugano und am Parteitag in Lausanne war man sich einig darüber, dass man sich für ein soziales und solidarisches Europa einsetzt. Ausserdem hat man im letzten Jahr an der Delegiertenversammlung in Baden sich gemeinsam dafür ausgesprochen, sich für die flankierenden Massnahmen auf dem Arbeitsmarkt, auf dem Wohnungsmarkt und die Ausbildungschancen einzusetzen. Die Geschäftsleitung schlägt deshalb die Annahme einer von ihr modifizierten Version des aktuellen Antrags vor, welche sich nach den Zielsetzungen der Beschlüsse in Lugano, Lausanne und Baden orientiert.

Diskussion

Claudia Friedl meint, dass man aufgrund der SVP nun den eigenen Kurs nicht ändern muss. Wir forderten bessere flankierende Massnahmen in diversen Politikfeldern. Das Ziel der SP ist und war die Öffnung zu Europa. Dieser hauchdünne Volksentscheid stellt nun das ganze Gebilde der Bilateralen II in Frage. Nun hat die Geschäftsleitung eine Resolution vorgestellt und erarbeitet. Und deshalb entlastet es die Forderung der SP SG und SP GR. Die Verunsicherung der Bevölkerung muss durch innere Reformen gelindert werden. Es liegt an der SP, den Fortschritt in der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehung in Europa zu fördern und zwar mit konkreten Handlungen. Die SP SG und SP GR stimmen dem modifizierten Antrag der Geschäftsleitung zu.

Fabian Molina findet, dass sich die gesamte Linke und die SP eingestehen sollte, dass man im Hinblick auf das Resultat vom 9. Februar Fehler gemacht hat. Dabei sei die Diskussion über die Schuldzuweisung nicht der richtige Weg. Wir sollten ein anderes Fazit ziehen, dass wir wieder grundsätzlicher und kompromissloser zu unseren Idealen der SP stehen müssen. Die politische Zäsur darf uns nicht verängstigen. Vielmehr sollten wir in die Offensive kommen und ab sofort unmissverständlich für eine klare Position einstehen. Zum Beispiel, dass die Personenfreizügigkeit ein linkes und ein positives Projekt ist – ja eine Errungenschaft ist, die wir erkämpft haben. Im Kampf

für eine offene Strategie hat die GL-Resolution einen wichtigen Stein gelegt – auch für den den Kampf für eine einheitliche starke Linke.

Ursula Näf meint, dass wir dafür sorgen müssen, dass diese Zäsur vom 9. Februar eine richtige Wendung nimmt. Diese Zäsur muss für uns heissen: „Aufwachen und Hände aus dem Hosensack.“ Wir müssen uns darüber Gedanken machen, wie wir die Folgen beeinflussen werden. Denn wir sind die einzigen in diesem Land, die dafür sorgen können, dass es zu einem Kurswechsel kommt. Die Juso unterstützt das Anliegen der SP SG und SP GR.

Saverio Lurati betont, dass es zwingend notwendig ist, dass wir die Kräfte der Gewerkschaft und der SP bündeln, und dies besonders zu Nutzen der Lohnempfänger und Lohnempfängerinnen. Die EU ist uns dabei nicht behilflich. Dafür brauchen wir auch Lösungsansätze. Die wahren Zentrums- und Wirtschaftsparteien tragen die wahre Schuld, welche sich nun in den Windschatten der rechten Kräfte schlagen. Beispielsweise für die katastrophale Lage im Tessin haben genau sie Schuld. Wenn die EU-Politik nicht verändert, können wir das nicht mitmachen. Im Namen der Unia sagt Saverio Lurati ja zur Resolution, aber mit einem sehr kritischen und geschärften Blick auf die Handlungen der EU.

Jean-Claude Rennwald nimmt Stellung zu den FLAMs, welche zu spät vom Bundesrat beschlossen wurden und zur Mindestlohninitiative. Ohne Mindestlohn können wir einen EU-Beitritt sowieso ausschlagen. Der Punkt 3 der Resolution sei mit Engelszungen dahergeflüstert. Jean-Claude Rennwald weist auf die historische (neo-)liberale Motivation zur EU und ihrer Aushebelung durch den Kampf der Sozialdemokraten hin. Die Richtlinien und Beschlüsse der EU müssen bei einer ernsthaften Überlegung für einen Beitritt unbedingt abgeschlagen werden. Weiter weist Jean-Claude Rennwald auf die prekäre Lage hin, welche entstehen würde, wenn die Schweiz ohne FLAMs oder ohne andere Bedingungen an die EU im Sinne der Arbeitnehmenden zu stellen, der EU beitreten würde.

Jacqueline Fehr konstatiert, dass die EU-Gegner in der Schweiz die Geschichte ignorieren. Die Schweiz erklärt in ihrem Handeln und in bisherigen und aktuellen Diskussion in Europa vieles und legt wichtige Spuren. Der Erfolg der EU entscheidet darüber, ob das Primat der Wirtschaft weiterherrscht oder ob es die Politik zurückgewinnt. Deshalb sind die Europawahlen so wichtig und deshalb beteiligen wir uns daran. Die EU ist gegenwärtig so ziemlich das Gegenteil eines sozialdemokratischen Paradieses – die Schweiz aber auch. Deshalb engagieren wir uns. Und deshalb müssen wir uns lieber früher als später auch als Mitglied der EU dafür einsetzen.

Silvia Locatelli meint, dass die Beschäftigung mit der EU wichtig und gut ist. Die Resolution sei richtig und gerechtfertigt. Die Kantonalpartei Neuchâtel ruft auf, die Resolution zu unterstützen. Sie vermisst darin aber die Bestätigung der Resolution von Baden über die FLAM, die Levrat präsentiert hat, welche eigentlich umgesetzt werden sollte. Denn diese müssen und sollen im Zentrum unseres Kampfs bleiben.

Cesla Amarelle findet, dass die Resolution eine willkommene Gelegenheit sei, die Diskussion rund um die EU-Politik, anzukurbeln und man sollte die Resolution in jedem Punkt unterstützen. Wir müssen eintreten in die Diskussion zur Umsetzung und nicht noch länger warten und zusehen. Sie erwartet eine Reaktion der SP und, dass die Personenfreizügigkeit weiterhin gewährleistet werden kann. Wir müssen unverzüglich offensiv in die Diskussion einsteigen, bevor es nicht mehr möglich ist, die bereits stark angetriebene Hetzjagd der bürgerlichen Parteien zu stoppen.

Albert Rodrik findet, dass die Resolution eine Gelegenheit bietet, den Trauerflor abzulegen und aktiv zu werden. Er bezieht sich auf die Geschichte Europas und die Kernposition der Schweiz. Er

erkenne sich wieder in der Beschreibung in Christian Levrats Rede. Europa sei mehr als, wie es heute dargestellt wird. Die SP sei die „Euroturbopartei“. Man sollte sich darüber bewusst werden, dass Europa die Dimension bietet, welche es für die Schweiz und die Welt braucht, um vorwärtszukommen. Der Antrag der SP SG und SP GR sowie die Resolution der GL werden klar von Albert Rodrik unterstützt und er fordert die Anwesenden zur Unterstützung der beiden Papiere auf.

Susanne Leutenegger Oberholzer unterstützt ebenfalls die Resolution. Die Resolution trifft die Grundwerte der SP, sie liesse aber auch viele Fragen offen und sei nicht in allen Punkten sehr präzise. Es reiche nicht, eine blosse Europapolitik hochzubeschwören. Vor 22 Jahren konnte festgehalten werden, dass wir einen Beitritt wollen, wobei eine Politik der flankierenden Massnahmen formuliert wurde. Diese ursprünglichen Ziele haben wir in den letzten Jahrzehnten klar vernachlässigt. Deshalb sollte man diese Option des EU-Beitritts mit flankierenden Massnahmen konkret skizzieren. Sie erwartet eine Arbeitsgruppe der Geschäftsleitung, welche den verbindlichen Auftrag verfolgt, die EU-Option zu skizzieren und einen konkreten Vorschlag bringt. Der 9. Februar provoziert eine klare Positionierung und europakompatible Umsetzung. Wichtig ist dabei die Rahmensetzung durch sozialdemokratische Werte. Ein Element einer Umsetzung in Richtung EU-Integrationsprozess bietet die Erhöhung der Mindestlöhne, die Abschaffung der Pauschalbesteuerung und die Unternehmenssteuerreform, wie sie die SP vorschlägt.

Stéphane Montagnero meint, dass die SP mit Resolutionspapier von Baden ihre Arbeit gemacht habe vor dem 9. Februar. Eine Selbstbeichtigung bei SP-Delegierten sei nicht die richtige Haltung. Im Vorneherein betonte die SP die wichtigen FLAMs. Nun müssen wir konkrete Lösungen finden, dass sich die Leute wieder verstanden fühlen. Das Papier der GL hat alle Optionen auf den Tisch geknallt, bis auf den EU-Beitritt. Wir müssen alle Optionen ausprobieren beziehungsweise in Erwägung ziehen. Deshalb auferlegt Stéphane Montagnero im Namen der PS Vaudois den Anwesenden, die Resolution der GL und den Antrag der SP SG und SP GR anzunehmen.

Daniel Schütz nimmt im Namen der SP Küssnacht Stellung zur Resolution der GL und ist der Meinung, dass die SP mit einer klaren Europapolitik ein Gegengewicht zur SVP bilden kann. Die haben wir in den letzten Jahren aus den Augen verloren. Angst ist diesbezüglich ein schlechter Ratgeber. Am 9. Februar wurden die „Angsthasen“ an die Urne gerufen. Nun ist Klarheit angesagt, nun müssen die heiligen Kühe geschlachtet werden.

Eric Nussbaumer mag Politiker, welche die europäische Idee vorantreiben wollen – so wie Martin Schulz. Man muss Europa nehmen wie es ist, aber man muss es nicht so lassen. Man soll sich dafür einsetzen, dass Europa sozialer und demokratischer gestaltet werden kann. Eric Nussbaumer ist mit seiner Partei heute versöhnt, wenn er diese Resolution liest. Denn der bilaterale Weg, wie er heute besteht, ist eine Sackgasse. Wir müssen uns aufmachen, Europa mitzugestalten und weiterzuentwickeln und endlich auch die Möglichkeit erlangen, wahrhaftig mitzubestimmen. Darum plädiert Eric Nussbaumer für einen EU-Beitritt.

Matthias Aebischer konstatiert, dass sich für die Partei, ihre Überzeugung und somit auch für das Parteiprogramm mit der Entscheidung vom 9. Februar nichts verändert hat. Verändert hat sich der Goodwill. Der ist nämlich grösser geworden. Er ist überzeugt davon, dass jene, die den Scherbenhaufen vom 9. Februar zu verantworten haben, sich verstecken. Wir sind am Arbeiten und halten die Verbindung zu Europa aufrecht. Matthias Aebischer äussert seinen grossen Respekt vor der heutigen Debatte. Seiner Meinung nach sei der Fokus auf einen sofortigen Beitritt kontraproduktiv und würde der SP schaden. Er ruft dazu auf, der modifizierten Resolution zuzustimmen.

Christian Levrat findet es ein starkes Signal, dass die SP ihren Kurs auch nach dem 9. Februar beibehält und kommt auf das Parteiprogramm zu sprechen. Dieses hat die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zum Ziel. Die Fraktion ist einen Schritt weniger weit gegangen und hat einen Optionenbericht erarbeitet, der ein erster Teil der zukünftigen Strategie beinhaltet. Es darf keine Denkverbote geben. Wichtig ist, dass wir auch in der Schweiz über die Politik der EU reden, was wir seit zwei Jahren konsequent machen und wir gezwungen sind, dies auch in Zukunft zu verfolgen. Wir wollen für unsere Überzeugungen auch innerhalb von Europa kämpfen. Deshalb beteiligen wir uns mit einer eigenen Kampagne an den europäischen Wahlen. Christian Levrat ist weiter überzeugt, dass eine Verschärfung der flankierenden Massnahmen die einzige zukunftsorientierte Antwort auf die Globalisierung und ausgebaut werden müssen. Das ist unsere Strategie. Er ruft dazu auf, die Position der GL zu unterstützen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung empfiehlt der Delegiertenversammlung Antrag 2 der SP GR und SP SG modifiziert anzunehmen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Der Antrag der SP GR und SP SG wird von der Delegiertenversammlung mit grossem Mehr, 2 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

Der Ordnungsantrag von Tim Cueno für weitere Wortmeldungen zu der R-1 und A-1 wurde von der DV deutlich abgelehnt.

c. Parolenfassung zur Volksinitiative „Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)“

Es wird ein Film gezeigt über Markus Kümin, Taxi-Fahrer und Vorstandsmitglied der Gruppe Taxi der Unia.

Präsentation von Daniel Lampart, Chefökonom SGB

Daniel Lampart schildert die aktuelle Lage und Lohnsituation in der Schweiz. 330'000 Personen in der Schweiz wären von einem Mindestlohn betroffen. Davon haben ein Drittel eine Lehre abgeschlossen. Die aktuelle Situation der Kampagne stösst auf starken Gegenwind, einerseits durch die „Zukleisterung“ der Werbeflächen mit Plakaten der Gegenkampagne, aber auch von Medienschaffenden, welche persönlich gegen die Mindestlohninitiative sind. Zwei bis drei falsche Argumente möchte er nun entkräften, weil es wichtig ist, dass zumindest wir ein klares Bild der aktuellen Situation haben.

Überproportional von einem Lohn unter 22 Franken betroffen sind Frauen. Ausserdem verdienen sie oftmals für dieselbe Arbeit, die ebenfalls ein Mann ausführt, weniger - schlicht aufgrund des Fakts, dass sie Frauen sind. Der Mindestlohn würde diese gravierende Problematik lösen und eine Lohngleichheit wäre gewährleistet.

Eine weiteres Argument, das der Bundesrat Schneider-Ammann immer wieder betont, dass Junge betroffen sind und diese keine Anreize mehr haben, eine Lehre zu absolvieren, dann stimmt das nicht. Mehr als $\frac{3}{4}$ der Arbeiter mit Tieflohn sind nämlich über 25 Jahre alt.

Für Betroffene ist ein Lohn unter 4000 Franken ein riesen Problem - Volkswirtschaftlich ist das jedoch in der Schweiz durchaus lösbar. Aimo Brunetti und andere Manager von Grossunternehmen

haben sich bereits vor 15 Jahren gegen einen Mindestlohn eingesetzt in dem sie mit einer Massenarbeitslosigkeit drohten. Es wird offensichtlich mit Panik argumentiert, die Realität ist aber eine andere. Auch die politisch gewerkschaftsferne OECD deklariert, dass ein Mindestlohn keinen Einfluss auf die Produktivität eines Landes hat. Es gibt Beweise gegen die „Panikmacherei“ der Mindestlohngegner. Diverse Branchen und Firmen (Gartenbau, Lidl, H&M) haben in den letzten Jahren ihre Löhne angehoben und zeigen, dass es möglich ist, anständige Löhne zu bezahlen und dabei nichts einzubüssen. Bundesrat Schneider-Ammann behauptet ausserdem, dass ein Mindestlohn von 22 Franken der weltweit höchste Mindestlohn wäre und diese Festigung negative Erscheinungen zur Folge hätte. Dabei liegt er jedoch falsch. Wer höchste Löhne hat, braucht den höchsten Mindestlohn. Wir müssen volkswirtschaftlich das kleine Problem lösen, damit wir das grosse Problem der Verkäuferin, der Leute im Callcenter und anderen Betroffenen angehen können.

Marina Carobbio Guscetti stellt die Position der Geschäftsleitung vor. Sie fügt zu Daniel Lamparts Argumenten weitere hinzu. Wir brauchen faire Löhne für unsere Arbeit. Jeder und jede, welche eine Vollzeitstelle ausübt, muss von seinem/ihrer Lohn leben können. Sie weist nochmals auf die Situation im Detailhandel hin und darauf, dass 2/3 der Arbeitnehmenden, welche unter 4000Fr. pro Monat verdienen, Frauen sind. Mit dem Mindestlohn von 22 Fr. pro Stunde müssen Löhne um durchschnittlich 2,4% angehoben werden. Zurzeit ist es das Sozialamt, welches die ungerechten Löhne ausgleichen muss. Der Staat trägt also die Regeln der Wirtschaft auf seinem Rücken aus. Es wäre zudem die effizienteste Lösung, um gegen Lohndumping vorzugehen. Auch in Grenzregionen gibt es gute Argumente, einen Mindestlohn einzuführen. Beispielsweise im Kanton Tessin gibt es besonders tiefe Unternehmenssteuern, welche grossen Firmen anziehen und schliesslich die Arbeitnehmer zu Tieflohnen anstellen. Durch die erhöhte Konkurrenz unter den Unternehmen, wird bei den Löhnen besonders gespart. Löhne von 2000 Franken sind keine Seltenheit. Mindestlöhne braucht es überall und sie sind auch überall bezahlbar – wer in der Schweiz wirtschaftet, muss Schweizer Löhne bezahlen. Sie plädiert im Namen der Geschäftsleitung, der Initiative zuzustimmen.

Diskussion

Mariella Muri Guirales macht darauf aufmerksam, dass mit dem Mindestlohn ein grosser Schritt zur Gleichstellung zwischen Mann und Frau geschafft werden würde. Ein Ja für den Mindestlohn ist eine zwingende Notwendigkeit, wobei die Solidarität gegenüber Frauen so zum Ausdruck kommt. Sie stimmt Marina Carobbio Guscettis Ausführungen zu. Die SP Frauen plädieren für eine Annahme der Initiative.

Karl Gruber nimmt im Auftrag des Vorstandes der SP 60+ Stellung und setzt sich für ein Ja zur Mindestlohninitiative ein. Eine höhere Gesamtlohnsumme bedeutet eine Erhöhung der AHV-Gelder. Höhere Löhne und eine höhere Produktivität erhöhen die Rentensicherheit. Der Sozialstaat könnte seine Mittel mit der Einführung eines Mindestlohns gezielter einsetzen. Für alle Generationen wäre dies eine „Win-Win“-Situation. Nur jenen politisch verachteten multinationalen Konzernen würde damit endlich das Handwerk gelegt werden. Deshalb spricht sich die SP 60+ klar für die Annahme der Mindestlohninitiative aus.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Der Delegiertenversammlung wird die Volksinitiative „Für den Schutz fairer Löhne“ zur Annahme empfohlen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Ja-Parole wird von der Delegiertenversammlung mit zu 117 Stimmen bei 0 Gegenstimmen und 1 Enthaltungen angenommen.

7. Parolenfassung für eidg. Abstimmungen am 18. Mai 2014

a. Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative „Ja zur Hausarztmedizin“)

Pierre-Alain Fridez legt seine Interessen offen und nimmt vor seinem Hintergrund als praktizierender Hausarzt zum direkten Gegenentwurf der Volksinitiative Stellung. Er erklärt vorerst den Inhalt des Gegenentwurfs und sieht die Berufsgruppe der Hausärzte klar in Gefahr. Weiter macht er auf ihren prekären (Nachwuchs-)Mangel aufmerksam. Die bürgernahe Medizin und Grundversorgung sind wichtig und es gilt sie beizubehalten. Er führt weitere Gründe aus, weshalb die Hausärzte sich für eine rechtliche Stärkung ihres Berufsbildes starkmachen. Da der Initiativtext einen Rattenschwanz von guten Massnahmen forderte, die von der Bundesverfassung nicht tragbar waren, wurde das Dossier von Bundesrat Alain Berset wieder aufgegriffen und mit dem das Vertrauen der Hausärzte wiedergewinnen. Es beinhaltet einen Richtplan, der unter anderem die allgemeine Grundversorgung integriert und die Position der Hausärzte stärken soll. Familien- und Hausärzte sowie – abgesehen von der SVP – die gesamte politische Klasse sind vom Gegenentwurf überzeugt. Aufgrund seiner Ausführungen plädiert Pierre-Alain Fridez zur Annahme des direkten Gegenentwurfs der Volksinitiative.

Carlo Lepori spricht sich im Namen der SP 60+ für den Gegenentwurf aus. Gerade für Ältere bedeutet Grundversorgung eine essenzielle Dienstleistung. Trotz aller positiver Aspekte gilt es das weitere Geschehen und das Kleingedruckte aufmerksam zu studieren und zu beobachten. Die SP 60+ empfiehlt deshalb die Ja-Parole.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Der Delegiertenversammlung wird die Annahme des Gegenentwurfs zur Volksinitiative „Ja zur Hausarztmedizin“ empfohlen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Der Gegenentwurf wird von der Delegiertenversammlung mit 124 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltungen angenommen.

b. Volksinitiative „Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen“

Géraldine Savary spricht im Namen der GL über die Initiative. Die SP setzt sich für die Verwundbarsten der Gesellschaft ein, und somit auch für Kinder und dafür, dass sie vor Pädokriminellen geschützt sind. Dabei gibt es eine einzige Frage, die man sich in diesem Zusammenhang stellen muss. Wie kann man sie davor bewahren? Die Initiative von Marche Blanche antwortet nicht optimal auf diese Frage. Die Initiative weist viele entscheidende Lücken auf und ist gleichzeitig in anderen Belangen zu eng formuliert. Die Lücken betrifft besonders die Abstrafung junger Erwachsener, welche die Flexibilität und die Rechtmässigkeit des Rechtsstaats ins Schwanken bringen. Der Anwendungsbereich ist hingegen viel zu eng gefasst, weil mit dieser Initiative keineswegs die Pädokriminalität in Schulen, Ferienlagern oder in Familien ausgebremst werden kann. Somit löst die Initiative keineswegs die grundlegende Frage. Mit sehr viel Sorge hat das Parlament dieser Initiative entgegengesehen. Man hat verschiedene Alternativen durchgespielt, kam jedoch zu keiner genügsamen Lösung. Das effektivste Mittel, um Kinder vor Pädokriminellen zu schützen ist, wenn man ein Gesetz beschliesst, dass tatsächlich den Betroffenen Schutz bietet. Dieses Gesetz wurde bereits Ende 2013 adaptiert und weist eine weite Interventionsbreite auf und ist

deshalb – im Gegensatz zur aktuellen Initiative – tragbar. Géraldine Savary lädt ein, der Position der Geschäftsleitung zu folgen und die Initiative nicht zu unterstützen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Der Delegiertenversammlung wird die Ablehnung der Initiative empfohlen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Initiative wird von der Delegiertenversammlung mit 121 zu 1 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

c. Bundesgesetz über den Fonds zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen (Gripen-Fonds-Gesetz)

Géraldine Savary schildert die Position der GL. Sie rechnet vor, dass wir schlussendlich 10 Milliarden Franken für den Kauf und den Unterhalt der zusätzlichen 22 Kampfflugzeuge investiert würden, und dieses Geld somit im Budget für soziale Einrichtungen, den öffentlichen Verkehr und andere unmittelbare Bereiche fehlen wird. Für genau diese Bereiche macht sich die SP stark. Selbst Ueli Maurer hat im Jahre 2010 zur Anschaffung der Gripen gemeint, dass es keine zwingend nötige Anschaffung sei. Der Kauf der neuen 22 Kampfflugzeuge würde zulasten von der Bevölkerung und ihrem Alltag geschehen. Ausserdem würde es nichts an der Sicherheitssituation in der Schweiz verändern. Die SP steht ganz klar für eine Verkleinerung des Armeebudgets und sinnvollere Investitionen ein. Sie fordert die Delegierten auf, sich aktiv im Abstimmungskampf gegen den Kauf der Gripen einzusetzen, der Empfehlung der Geschäftsleitung zu folgen und die Beschaffung der Kampfflugzeuge abzulehnen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Der Delegiertenversammlung wird die Nein-Parole zum Bundesgesetzes über den Fonds zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen empfohlen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Das Bundesgesetz über die Beschaffung der Gripen wird von der Delegiertenversammlung 135 mit zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen angenommen.

Leyla Gül macht nochmals darauf aufmerksam, dass viel Kampagnenmaterial für die Abstimmungen am 18. Mai vorhanden ist und bestellt werden kann. Ausserdem appelliert sie auf einen aktiven Abstimmungskampf in Form von Aktionstagen oder Ständen, sowohl in Gemeinden als auch in Städten usw. Sie bedankt sich für das Engagement der Delegierten.

8. SP – Initiativprojekte

a. A-2: „Familien fair entlasten- für mehr Verteilgerechtigkeit“ (Antrag Geschäftsleitung SP Schweiz)

Das GL-Initiativprojekt „Gutschriften statt Steuerabzüge“ wird am Parteitag in einem detaillierten Konzept nochmals besprochen

Jacqueline Fehr möchte im Namen der Geschäftsleitung zu den Initiativprojekten einige Vorbemerkungen machen. Sie erinnert daran, dass über die Lancierung des Initiativprojekts nicht heute sondern am Parteitag entschieden wird. Es geht heute vielmehr um einen vorbereitenden Entscheid. Das heisst auch, dass an Parteitagen Anträge auf Lancierung von Initiativen von den Parteitagdelegierten gestellt werden können. Sie schildert das vorangegangene Verfahren der Initiativprojekte und die SP-interne Vernehmlassungen dieser. Zwei der sechs Projekte haben sich gegen oben abgesetzt, nämlich die Familieninitiative und das Projekt zur Finanztransaktionssteuer. Im Zuge des grossen Interesses an der Familieninitiative der SVP, hat die Finanzministerin des Bundes angekündigt, dass sie eine alte Forderung der SP Schweiz allenfalls aufzunehmen bereit ist, nämlich nach „Gutschriften anstelle der heutigen Kinderabzüge“. Mit einem Familienprojekt können wir davon ausgehen, dass es ein Grossteil der Bevölkerung betrifft. Eine Frage in der Familienpolitik ist auch die der Verteilung und da spielen Steuern eine zentrale Rolle. Bereits in einigen kantonalen Projekten stiessen die Familieninitiativen auf grosses Interesse, das weit über die SP-Grenze hinausreichte. Die Geschäftsleitung ist der Meinung, dass wir auch für die kommende Legislatur ein Initiativprojekt lancieren müssen und dass dieses Initiativprojekt die Frage der Verteilungsgerechtigkeit aufnimmt. Wann genau die Initiative lanciert wird und mit welchem detaillierten Inhalt ist zurzeit noch nicht festgelegt. Diese Fragen will die Geschäftsleitung zusammen mit den Kantonalparteien festlegen, wobei der Zeitpunkt dafür noch unklar ist. Aus diesem Grunde unterbreitet die Geschäftsleitung der Delegiertenversammlung heute zwei Anträge. Der erste beinhaltet das Projekt „Gutschriften statt Steuerabzüge“, das detaillierter ausgeführt und am Parteitag am 28. Juni 2014 nochmals zur Debatte vorgelegt wird. Der zweite Antrag beinhaltet das favorisierte Projekt zur Finanztransaktionssteuer und seine Weiterverfolgung, wofür schliesslich eine Initiative erarbeitet wird, welche auch von anderen Organisationen unterstützt würde. Die Geschäftsleitung beantragt die Delegiertenversammlung die beiden Anträge zu unterstützen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Der Delegiertenversammlung wird die Annahme des Antrags empfohlen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Der Antrag der Geschäftsleitung wird von der Delegiertenversammlung mit einem deutlichen Mehr angenommen.

b. A-3: Antrag zur Formulierung einer eidgenössischen Initiative zur Einführung einer obligatorischen Dienstpflicht (Antrag SP Horgen)

SP Horgen ist heute nicht anwesend.

Géraldine Savary nimmt von Seiten der Geschäftsleitung Stellung zum Antrag der SP Horgen und empfiehlt den Antrag zur Ablehnung. Sie bedankt sich bei SP Horgen für das Engagement. Im Namen der Geschäftsleitung hält sie fest, dass eine Volksinitiative nicht der richtige Weg sei, um dieses Thema anzugehen. Eine solche Debatte ist ohnehin bereits im Gange und mit oder ohne Volksinitiative kommt es in den kommenden Jahren ohnehin zu einer breiten politischen Diskussion über die Zukunft des Dienstpflichtsystems. NR Mathias Reynard hat ein ähnliches Anliegen auch bereits im Parlament durch ein Postulat thematisiert. Die Frage muss in Zukunft noch viel offener besprochen werden, wobei unter anderem die Frauen und Situation von Ausländerinnen und Ausländer bei der Diskussion und in einem zukünftigen Antrag mitberücksichtigt werden sollten. Bei

der Initiative bleibt es unklar, welche Zielsetzung man damit verfolgt. Auch deshalb empfiehlt die Geschäftsleitung die Ablehnung des Antrags.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Der Delegiertenversammlung wird die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Der Antrag der SP Horgen wird von der Delegiertenversammlung wurde abgesehen von 2 Enthaltungen von einem deutlichen Mehr angenommen.

c. A-4: Antrag für Initiativprojekt „Schluss mit Steuertricks und Steuerbschiss auf Kosten der ehrlichen und fairen Steuerzahlenden“ (SP Kanton Bern) (Neu)

Roland Näf stellt ein zusätzliches Projekt vor, das nicht im direkten Gegenzug zum Antrag der Geschäftsleitung SP steht. Er weist auf einen Artikel in der Bundesverfassung hin, der eindeutig fordert, dass eine Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit verfolgt werden soll. Die Realität ist aber eine andere. Er schildert verschiedene Beispiele von multinationalen Konzernen und weist auf die steuerpolitischen Unterschiede zwischen den Kantonen und Gemeinden hin. Die SP Kanton Bern teilt die Analyse der Geschäftsleitung zur Steuerungerechtigkeit im Moment. Die SP Kanton Bern ist davon überzeugt, dass nun das richtige Zeitfenster geöffnet wurde, um dieses Problem anzugehen. Die Geschäftsleitung der SP Kanton Bern schlägt vor, das Projekt zu prüfen und neben den beiden vorangegangenen Initiativprojekten zu berücksichtigen.

David Roth spricht sich im Namen der Geschäftsleitung der SP Schweiz für das Initiativprojekt aus und ist der Meinung, dass dieses Projekt angegangen werden muss. Die Entwicklung in diesem Themengebiet ist sehr rasant und darum ist es schwierig, mit einer Initiative genügend schnell reagieren zu können. Das Thema muss unbedingt angegangen werden, sei es mit einer kantonalen Initiative oder ähnlichem. In Winterthur ist vorgesehen, die steuerpolitischen Schwerpunkte nochmals genauer zu diskutieren. Die Geschäftsleitung empfiehlt, den modifizierten Antrag anzunehmen - mit dem Vorbehalt, dass die Steuerpolitik in naher Zukunft vertiefter diskutiert wird.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Der Delegiertenversammlung wird die modifizierte Annahme des Antrags empfohlen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Empfehlung der Geschäftsleitung einer modifizierten Annahme wird eindeutig angenommen.

d. A-5: Antrag für Verzicht zur Lancierung eines Initiativprojekts (SP GR und SP SG) (NEU)

Lukas Horrer spricht sich im Namen der SP GR und SP SG gegen eine Lancierung eines Initiativprojekts aus, da es ein strategisches und kein inhaltliches Motiv ist, welches damit verfolgt wird. Aus folgenden drei Punkten lehnt die SP GR und SP SG die Initiativprojekte weiter ab. Roland Furrer zweifelt weiter an der Lancierung eines Initiativprojekts, da es nicht genügend politische Relevanz mit sich bringen würde, die Resonanz in der Bevölkerung vermutlich verhältnismässig nicht allzu gross im Gegensatz zum Aufwand ausfallen würde und die Initiative nicht kampagnenfähig ist.

Da das Initiativprojekt zentrale Bedingungen nicht erfüllt, vertritt die SP GR und SP SG die Position gegen eine Lancierung eines Initiativprojekts.

David Roth nimmt im Namen der Geschäftsleitung Stellung. Er ist damit einverstanden, dass eine moderne Kampagne geführt werden muss. Damit wir überhaupt die modernen Mittel nutzen können, braucht man Inhalte. Es ist wichtig, dass man für die Zeit nach den Wahlen vorbereitet ist und dies ist mit einem solchen Projekt möglich. Er bittet die Delegierten, diesen Antrag abzulehnen und für eine aktive und inhaltliche SP zu stimmen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Der Delegiertenversammlung wird die Ablehnung des Antrags der SP Horgen empfohlen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Der Antrag der SP Horgen wird gemäss der Empfehlung der GL von der Delegiertenversammlung mit einem eindeutigen Mehr abgelehnt.

Diskussion

Esther Köppel-Rohrer meint, dass das Initiativprojekt eine Enttäuschung ist. Im Wahlkampf muss man Grundwerte an die Bevölkerung bringen – und deshalb beinhaltet das Initiativprojekt ein zu spezifisches Thema. Ausserdem fehlt die Motivation, für diese Initiative zur Unterschriftensammlung auf die Strasse zu gehen. Die Initiative bietet nicht die nötige Grundlage. Des Weiteren müssen wir uns auf einen starken und offensiven Wahlkampf konzentrieren, wobei ein solches Initiativprojekt einen Klumpen am Bein wäre. Sie ruft auf zur Unterstützung ihres Anliegens.

Guilhem Kokot nimmt im Namen der Juso Schweiz zum Antrag Stellung. Es ist schade, festzustellen dass ein Selektionsverfahren durchgeführt wurde, dass nichts mit einem demokratischen Verfahren zu tun hat. Er ist empört über die intransparenten Beschlüsse der Geschäftsleitung. Es ist die Aufgabe der Geschäftsleitung, solche Verfahren fair und gut durchzuführen. Er hofft deshalb, dass sich in kommenden Fällen die Geschäftsleitung mit der Basis absprechen wird.

Linus Schärer bezieht sich auf das Initiativprojekt „Familien echt entlasten“. Die SP muss sich in Familienpolitik viel mehr engagieren. Er nimmt Bezug auf die Konsequenzen des Ja zur Masseneinwanderungsinitiative. Auch diesbezüglich muss man dem Volk aufzeigen, dass eine solche Entscheidung auch familien- und sozialpolitische Konsequenzen mit sich zieht. Die Rahmenbedingungen für Familien insgesamt muss mehr in den Fokus genommen werden. Dies geschieht nicht bloss durch Gutscheine, sondern beispielsweise durch Krippen- und Betreuungsplätze, die für alle erschwinglich sind. Er findet, dass man für die ganze Schweiz ein Konzept entwickeln sollte, dass allgemein ermöglicht, Familie und Beruf unabhängig von der Einkommenshöhe zu verbinden und die institutionellen Aspekte mitzuberücksichtigen.

Roger Nordmann hat zusammen mit Magrit Kiener Nellen das Initiativprojekt zum schweizweiten Fiskalwettbewerb erarbeitet, mit welchem es möglich wäre, den heute entstehenden Steuerverlust durch eine verstärkte kantonale Solidarität auszugleichen. Deshalb hofft er, dass die Initiativen wieder aus der Versenkgrube hervortauchen können und weiterbearbeitet werden.

Margrit Kiener Nellen wird mit Roger Nordmann das genannte Initiativprojekt weiterverfolgen und appelliert an die Anwesenden, aber auch an Organisationen und Vereine, dieses Thema in Zukunft weiterhin vertieft weiterzuverfolgen. Die Unternehmen müssen sich einer universalen Behandlung unterziehen und den Umgang mit den Unternehmen gemäss jenem in den umliegenden Ländern

anzupassen. Sie ruft im Namen der steuer- und sozialpolitisch gerechten Ideale zur Unterstützung auf.

Romain Pilloud findet, dass beim Familien-Initiativprojekt die Gefahr besteht, Freiwilligenarbeit zu fördern, was kontraproduktiv wäre. Er fragt sich, wo der Fortschritt mit diesem Projekt bleibt. Die Initiative hat nichts mit sozialdemokratischer Politik zu tun. Auch Horgen ist mit einem kontraproduktiven Vorschlag gekommen, der nicht den sozialdemokratischen Idealen entspricht. Deshalb lehnt die Juso das Initiativprojekt der SP Horgen ab, ruft zur Unterstützung der GL-Position auf.

Amanda Gavilanes ist schockiert über das Initiativprojekt der SP Horgen. Seine politische Umsetzbarkeit ist nicht möglich. Sie appelliert darauf, dass die SP für die individuelle Freiheit einsteht und diese sei in diesem Antrag nicht gewährleistet.

Fabian Molina stellt fest, dass wir uns einig waren, gegen die bürgerlichen und faschistoiden Kräfte vorzugehen. Deshalb appelliert er darauf, dass wir aktiv Politik machen müssen und deshalb erscheint ihm der Antrag, kein Initiativprojekt zu verfolgen, als Fehler. Er bittet, jetzt ein Initiativprojekt zu lancieren, um mehr sozialdemokratische Ideen zu präsentieren und zur Diskussion zu stellen.

Arnaud Bouveret unterstützt die Ansicht von Fabian Molina. Er macht auf die Familien- und Sozialpolitik aufmerksam und auf die letzten Entwicklungen im Kanton Waadt. Eine Initiative ist das einzige Mittel, die Interessen der Bevölkerung auf die politische Agenda zu setzen. Deshalb unterstützt er die Idee des Familien-Initiativprojekts.

Christian Levrat widerspricht der Initiative des Kantons Bern, betont aber gleichzeitig die Zentralität der Fragen, die im Vorschlag behandelt werden. Es sind zu rasche Entwicklungen in dieser Thematik und eventuell ist es ein zu früher und noch nicht reifer Schritt. Die Thematik hat klar eine Priorität und die Geschäftsleitung wird es angehen. Trotzdem ist es im Moment noch etwas überstürzt. Er empfiehlt den modifizierten Antrag anzunehmen. Er nimmt weiter Stellung zur SP GR und hat Mühe mit diesem Antrag. Nach langem Erarbeitungsprojekt eine Logik des Aufgebens zu verfolgen, ist nicht konstruktiv. Interessen sind unterschiedlich und deshalb ist es wohl unmöglich ein Initiativprojekt zu finden, das allen passt. Man muss aber einsehen, dass man selektiv vorgehen muss. Im Kern des Wahlkampfes stehen die Kandidaten und die Botschaft der Partei. Dies darf nicht vergessen werden. Ausserdem soll ein direkter Wahlkampf geführt werden. Die CVP-Initiative ist bereits da und unsere Positionierung in dieser Thematik ist dringlich. Ausserdem müssen wir nebst den wirtschaftlichen auch unsere sozialen Projekte verfolgen. Christian Levrat erklärt nochmals den Ablauf der Entscheidungsfindung zur Initiativprojekte, um sein Unbehagen zu schlichten. Jedoch braucht es klar eine Präzisierung des Vorgehens, jedoch ist es keinesfalls die Absicht, dies hinter verschlossenen Türen vorzunehmen.

9. Budget 2014 und Finanzplan

Leyla Gül stellt kurz das ausgeglichene Budget vor. Sie nennt das Initiativprojekt, die öffentliche Krankenkasse und die Sommer-Uni als grösste Projekte. Sie dankt Karin Mader und allen Gremien für die konstruktive Zusammenarbeit und verweist auf die zur Verfügung stehenden Unterlagen.

Felix Birchler hat eine Frage zur Rechnung 2012. Ihm sind die 80'000 Franken für das Migrationspapier sauer aufgestossen. Er möchte wissen, wofür dieses Geld verwendet wurde. Leyla Gül erklärt, dass in diesen Kosten auch sämtliche Lohnkosten enthalten sind und dass sie persönlich den Prozess für sehr wichtig hält.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Der Delegiertenversammlung wird die Zustimmung zum Budget 2014 empfohlen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Das Budget 2014 wird einstimmig genehmigt.

10. Resolutionen, Anträge und Wahlgeschäfte

a. R-2: Resolution für eine zukunftsweisende Landwirtschaft, die die natürlichen Ressourcen schont (Beat Jans, NR BS) (NEU)

Beat Jans hat als Initiator der Resolution einen Ordnungsantrag eingereicht, mit dem er die Resolution abtraktandieren möchte. Zwar wurde über diese Resolution in der dafür verantwortlichen Fachkommission einstimmig verabschiedet, trotzdem gibt es mehrere Personen, welche sich nachträglich nochmals für Diskussionen gemeldet haben. Beat Jans möchte mit diesen zuerst die offenen Fragen im Rahmen der Fachkommission klären und das Resolutionspapier auf eine nächste Delegiertenversammlung verschieben.

Der Ordnungsantrag wurde von einer grossen Mehrheit und 3 Enthaltungen angenommen.

b. A-6: Antrag zur Unterstützung der Tierversuchsverbot-Initiative (Renato Werndli)

Renato Werndli Tieren geht es einfach schlecht. Hauptproblem ist die Nutztierproblematik. Qualitativ noch schlimmer sind aber Tierversuche. Der IG gehe es aber vor allem um ethische Gesichtspunkte. Für ihn seien Tierversuche eines der grössten Verbrechen überhaupt.

David Roth vertritt die Meinung der GL, die eine modifizierte Annahme vorschlägt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Der Delegiertenversammlung wird die modifizierte Annahme des Antrags empfohlen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Der Antrag von Renato Werndli wird ohne Gegenstimmen angenommen.

c. R-3: Resolution gegen Menschenhandel und Prostitutionsverbot – für einen aufgeklärten Umgang mit Sexarbeit (Juso) (NEU)

Brigitte Hollinger stellt einen Ordnungsantrag und möchte das Traktandum auf eine nächste Delegiertenversammlung verschieben, weil eine vertiefte Auseinandersetzung damit nicht möglich war. Insbesondere die SP Frauen hat sich keine Meinung bilden können.

Anna Bleichenbacher von der Juso ist mit diesem Ordnungsantrag nicht einverstanden. Für eine Meinungsbildung habe genügend Zeit zur Verfügung gestanden. Es sei dringend, eine Position zu definieren. Sie ruft dazu auf, den Ordnungsantrag abzulehnen.

Der Ordnungsantrag wird mit 71 zu 71 Stimmen und dem Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt. Die Resolution wird behandelt.

Kathrin Beeler argumentiert für die Resolution.

Brigitte Hollinger für die SP Frauen nochmals darauf hin, dass zu wenige Zeit zur Verfügung stand um eine Position zu erarbeiten. Als Sozialarbeiterin kennt sie viele Frauen im Sex-Milieu und weiss, dass das ein sehr gewalttätiges Milieu ist. Es gibt viele Fragen, die noch zu klären sind. Für einen Schnellschuss sei das Thema zu wichtig. Brigitte Hollinger ruft zur Ablehnung der Resolution auf.

David Roth vertritt die Haltung der GL. Es geht nicht um Sex-Arbeit allgemein, sondern ganz konkret um ein Prostitutionsverbot. Dieses ist derzeit im Parlament und in den Medien ein Thema. Er kommt auf den Bericht von Simonetta Sommaruga zu sprechen. Die SP muss klarmachen, dass ein Prostitutionsverbot keine Probleme löst. Er ruft dazu auf, der GL zu folgen und die Resolution anzunehmen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Der Delegiertenversammlung wird die Annahme der Resolution empfohlen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Resolution Juso wird von der Delegiertenversammlung mit einem grossem Mehr bei 11 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen angenommen.

11. Schluss / Apéro